



Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 08.05.2015

Niederschrift

| | |
|----------------|----------------------------------------------------------------|
| Gremium | Stadtverordnetenversammlung |
| Sitzungsnummer | 3/2015 |
| Datum | Dienstag, den 28.04.2015 |
| Sitzungsbeginn | 20:00 Uhr |
| Sitzungsende | 21:12 Uhr |
| Ort | Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel |

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomas Demuth

Herr Patrick Baier

Herr Dietmar Beilner

Frau Sylvia Braun

Herr Klaus-Dieter Broschowsky

Herr Niels-Malte Bürgstein

Frau Patricia Bürgstein

Herr Achim Dietenhöfer

Frau Karola Dziony

Herr Benedikt Herget

Herr Oliver Hirt

Herr Harald Hormel

Herr Alexander Kitzmann

Frau Gisela Klein

Frau Katja Lauterbach

Herr Peter Ließmann

Herr Klaus Linek

Frau Henny Lüer

Frau Dana Pastor

Herr Hans-Jürgen Poth

Herr Tim Protzmann

Herr Alexander Rabold

Herr Joachim Rechholz

Herr Andreas Schafranka

Herr Michael Schreier

Frau Carina Seewald

Herr Thomas Sliwka

Frau Viola Weigl-Franz

Herr Winfried Weiß

Herr Harald Wenzel

Frau Rosemarie Wenzel

Herr Dr. Volker Wingefeld

Herr Christoph Zugenbühler

Magistrat

Herr Günter Maibach

Frau Ingrid Cammerzell
 Herr Edwin Jessl
 Herr Reiner Keim
 Herr Manfred Lüer
 Herr Josef Pastor
 Herr H. Michael Roth
 Herr Volker Schadeberg
 Herr Jürgen Schäfer

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

entschuldigt

Herr Dirk Friebe
 Frau Elke Förster-Helm
 Herr Johannes Kortenhoeven
 Herr Guido Rötzer

Tagesordnung

| TOP | DS-Nr. | Titel |
|-----|---------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | | Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 24.03.2015 |
| 2 | | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher |
| 3 | | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten |
| 4 | | Fragen zu aktuellen Themen |
| 5 | 63/2015 | Beauftragung eines Stadtplanungsbüros zur Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplans Empfehlung das unten genannte Stadtplanungsbüro mit der Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplans gemäß dem gemeinsam erstellten Arbeits- und Zeitplan zur Innenstadtentwicklung bis zum Sommer zu beauftragen. |
| 6 | 57/2015 | Stellenplan der Verwaltung für 2015 |
| 7 | 49/2015 | Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates – 1. Änderung |
| 8 | 50/2015 | Änderung der Satzung über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grundsteuer B -Hebesatzsatzung- im Haushaltsjahr 2015 |
| 9 | 59/2015 | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 |
| 10 | 60/2015 | Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 |
| 11 | 61/2015 | Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 |
| 12 | 62/2015 | Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 |
| 13 | 58/2015 | Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Kernstadt Bebauungsplan „Bindwiesen“ |

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung ergeben sich keine Wortmeldungen.

| | | |
|---|--|---------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | | Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 24.03.2015 |
|---|--|---------------------------------------------------------------------------------|

Gegen die Niederschrift vom 24.03.2015 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

| | |
|---|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| 2 | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher |
|---|-----------------------------------------------------------------------------------------|

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

| | |
|---|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 3 | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten |
|---|--------------------------------------------------------------------------------------------------|

Es liegen keine Berichte oder Anfragen vor.

| | |
|---|----------------------------|
| 4 | Fragen zu aktuellen Themen |
|---|----------------------------|

Die Fraktionen von CDU und SPD haben keine Fragen.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Hormel:

- „1. - Wie viele Erzieherinnen und Erzieher arbeiten in den Bruchköbeler Kitas und haben alle Erzieherinnen und Erzieher der Kitas gestreikt?
- Wenn nicht, warum wurde dann keinerlei Notdienst angeboten?
- Wenn auch die „nicht organisierten“ Erzieherinnen und Erzieher gestreikt haben, wie wurde dieser entgangene Arbeitstag lohnmäßig für die Erzieherinnen und Erzieher sowie das Hauswirtschafts- und Reinigungspersonal abgerechnet?“

Der Bürgermeister berichtet, dass derzeit 112 Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt angestellt sind, von denen 105 gestreikt haben. Bei den Verbliebenen handelt es sich um 3 Vollzeitkräfte und 4 Teilzeitkräfte.

Die Kolleginnen und Kollegen, die (unbezahlten) Urlaub genommen bzw. Überstunden abgebaut, sind wahrscheinlich nicht organisiert, haben sich aber faktisch solidarisch erklärt. Die Hauswirtschafts- und Reinigungskräfte waren nicht aufgerufen, sie haben auch nicht gestreikt. Hinsichtlich des Organisationsgrades liegen keine Zahlen vor, es besteht auch keine diesbezügliche Meldepflicht an den Arbeitgeber. Wahrscheinlich sei ein Organisationsgrad von ca. 70%.

„2. Wie hat sich die Verkehrsfrequenz der Personen- und Güterzüge auf der Bahnstrecke durch Bruchköbel, Roßdorf und Niederissigheim, im Zeitraum 2005-2015 entwickelt?

Ist die Stadt Bruchköbel zu einer Stellungnahme vor der beabsichtigten Aufnahme dieser Planung der DB AG in den Bundesverkehrswegeplan 2015-2030 beteiligt worden?

- Wenn ja, welche Stellungnahme hat die Stadt Bruchköbel abgegeben?
- Wenn nein, warum sind keine entsprechenden Forderungen an des Bundesverkehrsministerium gestellt worden?

Welche zusätzlichen und/oder verbesserten Lärmschutzmaßnahmen sind zum derzeitigen Stand der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans für den Streckenverlauf der Ruhr-Sieg-Strecke im Bereich der Gemarkung der Stadt Bruchköbel geplant?“

Der Bürgermeister bekundet, dass kein bzw. kein verlässliches Zahlenmaterial vorliegt. Jedenfalls habe der Regionalverband FrankfurtRheinMain gestern zu einer Veranstaltung am 08.05. geladen mit dem Ziel einer gemeinsamen Stellungnahme zu den Planungen. Die Stadt werde insbesondere auf die Lärmproblematik aufmerksam machen.

Der Stadtverordnete Rabold kommt ergänzend auf ein Nahversorgungskonzept zu sprechen, dessen Erstellung kürzlich im Rahmen dieses Gremiums angemahnt worden sei. Bislang habe die Stadtverordnetenversammlung noch keine diesbezügliche Antwort erhalten. Der Bürgermeister bekundet, dass dies in dem Moment in Angriff genommen werde, sobald erste Ergebnisse hinsichtlich der Innenstadtentwicklung vorliegen. Vorher habe dies keinen Sinn.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Braun:

„1. Die Innenstadtentwicklung geht endlich in die konkrete Umsetzungsphase, was wir natürlich sehr begrüßen. In der Vorbereitung war die Lenkungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der AG Stadtmarketing und politischen Vertretern eng eingebunden. Seit längerer Zeit hat nun keine Sitzung mehr stattgefunden.

Wird diese Lenkungsgruppe in der weiteren Entwicklung eine Rolle spielen? Ist geplant, die Bürger, die sich dort engagiert haben, auf andere Weise weiter einzubinden?“

Der Bürgermeister bekundet, dass die Lenkungsgruppe weiter besteht und auch tagen soll. Derzeit werden grundlegende Aufträge vergeben. Sobald von dort Ergebnisse vorliegen, werde die Lenkungsgruppe wieder tagen.

„2. In den letzten Wochen gab es Warnstreiks in den städtischen Kitas, für die nächste Zeit ist ein unbefristeter Streik zu befürchten. Die Stadt Bruchköbel hat diesmal – anders als in unseren Nachbarkommunen und auch entgegen der Regelung bei Streiks zuvor - keine Notdienste angeboten.

Wie viel Prozent der Erzieherinnen sind gewerkschaftlich organisiert? Gibt es Planungen für Notdienste bei einem unbefristeten Streik? Falls, nein – warum nicht? Was passiert mit dem Geld, dass die Stadt durch den Kita-Streik spart? Wie groß ist die Summe pro Streiktag ungefähr? 2009 hatte es dazu eine Verständigung im Parlament gegeben, dass diese Gelder den Kitas direkt zu Gute kommen sollten, weil eine Rückzahlung an die Eltern nicht möglich ist, ist so etwas in Planung?“

Der Bürgermeister bekundet, dass bei einem länger dauernden, unbefristeten Streik von mehr arbeitenden Kolleginnen und Kollegen auszugehen und so dass die Einrichtung eines Notdienstes realistisch sei. Entsprechende Informationen zu einem Notdiensttelefon werden nach erfolgter Urabstimmung in den Einrichtungen ausgehängt. Hinsichtlich eingesparter Gelder weist der Bürgermeister auf den sowieso nur ca. 20%igen Deckungsgrad hin, so dass faktisch kein Geld gespart werde. Essensgeld werde automatisch zurückerstattet und Gebühren kommen dem Gebührenhaushalt zugute.

| | | |
|---|---------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 5 | 63/2015 | Beauftragung eines Stadtplanungsbüros zur Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplans Empfehlung das unten genannte Stadtplanungsbüro mit der Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplans gemäß dem gemeinsam erstellten Arbeits- und Zeitplan zur Innenstadtentwicklung bis zum Sommer zu beauftragen. |
|---|---------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage, insbesondere liege den Fraktionsvorsitzenden auch eine Referenzliste vor, ebenso dem Magistrat. Der Stadtverordnete Ließmann bittet um eine Bewertung der Gesamtleistungen in einer einheitlichen Matrix. Der Bürgermeister bekundet diesbezüglich, dass allein die Größe der einzelnen Büros für die vollkommen unterschiedlichen Preise ausschlaggebend sei. Eine Matrix ergebe auch keine effektive Mehrinformation, da ein Gesamtpaket angefragt gewesen sei.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Stadtplanungsbüro Kramm & Strigl gemäß des beigefügten Honorarangebotes zu beauftragen.

Die brutto **Honorarkosten** belaufen sich auf insgesamt **29.036,00 Euro**.

| | | |
|---|---------|-------------------------------------|
| 6 | 57/2015 | Stellenplan der Verwaltung für 2015 |
|---|---------|-------------------------------------|

Der Stadtverordnete Hirt stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen

| | | |
|---|---------|---------------------------------------------------------------|
| 7 | 49/2015 | Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates – 1. Änderung |
|---|---------|---------------------------------------------------------------|

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Der Stadtverordnete Rabold lobt die Verwaltung für die Erstellung der Synopse. Er fragt, ob Informationen vorliegen, warum sich nur noch vier Interessenten gemeldet hätten. Der Bürgermeister bekundet, dass dies zum Teil persönliche Gründe habe.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Aufgrund der §§ 5, 8c und 51 Nr. 6 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2014 (GVBl. S. 178) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel in der Sitzung am
folgende Änderungssatzung zur Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates beschlossen:

Artikel I

§ 3 wird ergänzt um folgenden Abs. 5:

- (5) Der Seniorenbeirat trägt einmal jährlich in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Tätigkeitsbericht vor.

§ 4 wird ergänzt um folgenden Abs. 3:

- (3) Werden keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen, oder weniger als 65 % Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl zugelassen, als Sitze zu verteilen sind, findet eine Wahl nicht statt; die Einrichtung des Seniorenbeirates entfällt für die Dauer eines Jahres.

Artikel II

Die vorstehende Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

| | | |
|---|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 8 | 50/2015 | Änderung der Satzung über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grundsteuer B -Hebesatzsatzung- im Haushaltsjahr 2015 |
|---|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und trägt aus einem grundlegenden Schreiben des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport und einem entsprechenden Schreiben des Main-Kinzig-Kreises vor. Weiter erläutert er anhand von Beispielrechnungen. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen die Defizitpolitik der vergangenen Jahre. Daher wende er sich auch gegen Steuer- bzw. Abgabenerhöhungen, wenn Grundlage hierfür ein unverbindliches Schreiben des Kreises sei. Das Schreiben sei insbesondere deshalb irrelevant, weil die Stadt gerade nicht die Defizitseite betrachte und ernsthaft Einsparpotentiale erarbeite, um das Defizit zu senken, sondern sich ausschließlich auf etwaige Konsequenzen kapriziere. Der Stadtverordnete Ließmann spricht im Sinne des Stadtverordneten Rabold. Er bittet, insbesondere den Brief des Main-Kinzig-Kreises an die Fraktionsvorsitzenden zu übermitteln. Der Bürgermeister bekundet, das sei schon geschehen. Im Übrigen meint der Stadtverordnete Ließmann, dass weder der Kreis noch das Land aus

ihrer Verantwortung gelassen dürfen. Insgesamt gebe es einen umfassenden Gesprächsbedarf, so dass er die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss beantrage.

Abstimmung: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen

| | | |
|---|---------|---------------------------------------------|
| 9 | 59/2015 | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 |
|---|---------|---------------------------------------------|

Der Bürgermeister hält die Haushaltsrede. Der Stadtverordnete Schaffranka bedauert, dass die Haushaltsrede fast ausschließlich Bezug auf die Erhöhung der Grundsteuer „B“ genommen habe, nicht aber auf andere, wesentliche Aspekte. Die GRÜNE-Fraktion sehe deutliche Einsparpotentiale auf der Ausgabenseite.

Der Stadtverordnete Hirt stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen

| | | |
|----|---------|-----------------------------------------------------------------|
| 10 | 60/2015 | Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 |
| 11 | 61/2015 | Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 |
| 12 | 62/2015 | Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 |

Der Stadtverordnete Hirt stellt den Antrag auf Verweisung dieser Sache und auch hinsichtlich der TOPe 11 und 12 in den Haupt- und Finanzausschuss.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft daher noch die TOPe 11 und 12 auf.

Abstimmung zu den Verweisungsanträgen für die DS 60/2015, DS 61/2015 und DS 62/2015: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen

| | | |
|----|---------|------------------------------------------------------------------------------|
| 13 | 58/2015 | Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Kernstadt Bebauungsplan „Bindwiesen“ |
|----|---------|------------------------------------------------------------------------------|

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und insbesondere den Termindruck im Spannungsfeld mit der geplanten Neuerrichtung der Kirlebrücke.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass eine endgültige Beschlussfassung eines Ausschusses auch bei Abwägungen in Betracht komme, wenn jeder Stadtverordnete auch im Ausschuss die Gelegenheit habe, zu den Einzelabwägungen Stellung zu beziehen. Diese Feststellung treffe auch zu, wenn im Ausschuss eine Blockabstimmung in Betracht gezogen werde.

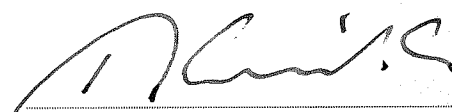
Der Stadtverordnete Rabold geht von Beratungsbedarf aus und kritisiert insoweit die Eile, die nunmehr von der Verwaltung an den Tag gelegt werde. Er kommt auf die Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers zurück und fragt nach dem Risiko eines Abwägungsausfalls. Der Stadtverordnetenvorsteher geht davon aus, dass –wie eben erläutert– kein Abwägungsausfall zu befürchten sei, wenn jeder Stadtverordnete zu den Einzelabwägungen sprechen dürfe, also Rederecht habe.

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr zur endgültigen Beschlussfassung mit der Maßgabe, dass alle Stadtverordneten Gelegenheit haben, zu den einzelnen Abwägungspositionen Stellung zu beziehen.

Abstimmung: einstimmig zur endgültigen Beschlussfassung in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen mit der Maßgabe, dass alle Stadtverordneten Gelegenheit haben, zu den einzelnen Abwägungspositionen Stellung zu beziehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 21:12 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer